

Der Staat muss sich legitimieren

Nicht nur in der Ukraine versucht man innenpolitische Probleme außenpolitisch zu kaschieren.

Gastkommentar

von Kurt Scharr

Die im 19. Jahrhundert, teilweise bis in unsere Gegenwart anhaltend, als erfolgreich angesehene Idee des Nationalstaates forderte nicht nur eine – heute zunehmend hinterfragte – Homogenisierung von Staat, Bevölkerung und Territorium, sondern auch eine mehr oder weniger strikte Trennung staatlicher Agenden zwischen Innen- und Außenpolitik. Damit wurde die Kabinettspolitik dynastischer Interessen, für die eine solche Trennung absurd erschienen wäre, abgelöst. Sowohl am Beispiel der Habsburger-Monarchie als auch an jenem des Deutschen Reiches nach 1871 zeigte sich dieser staatspolitische Ansatz einer vermeintlich klaren Trennung in der Realität weit weniger klar als in der Theorie.

In seinem Gastkommentar vom 27. Jänner argumentiert Wendelin Etmayer mit Österreichs Rolle nach 1945 und der damals beschlossenen Neutralität als möglicher Diskussionsbasis für eine Lösung des Ukraine-Russland-Konflikts. Der Vergleich mit Österreich nach 1945 ist im Kontext der Zeit zu verstehen. Die Zweite Republik konnte so agieren, weil sie im Schatten der Weltpolitik stand, wo in erster Linie die Deutsche Frage für das Verhältnis der Großmächte zentral war.



Die Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj (l.), und Russlands, Wladimir Putin, haben eines gemeinsam: innenpolitische Probleme, von denen Außenpolitik ablenken soll. Foto: afp / getty / I. Langsdon

Beide hier beteiligten Großmächte – USA und UdSSR/Russland – definierten und definieren in einer fragwürdigen Selbstverständlichkeit nach wie vor ihre machtpolitischen Einflussphären über die eigenen Grenzen hinaus. Das ist – wenn man grundsätzlich das Völkerrecht als Basis zwischenstaatlicher Verhältnisse anerkennt – als überheblich und selbstherrlich gegenüber anderen souveränen Staaten abzulehnen. Aus völkerrechtlicher Sicht bleibt es ein Faktum, dass der Kreml die Krim rechtswidrig annektiert hat und an der Abspaltung der Ost-

ukraine maßgeblich beteiligt ist.

Die dabei von beiden Seiten eingebrachten historischen Ansprüche, nach dem Motto „Wer war zuerst da?“ sind, wie auch in anderen Fällen, wenig zielführend, sondern, wie die Krim (etwa 1783, 1853 bis 1856, 1954) zeigt, beliebig und austauschbar. Zentral bleibt hingegen die Frage: Warum lassen die allermeisten Analysen in solchen Fällen die Bewertung der Innenpolitik vermissen und reduzieren die Perspektive auf eine rein außenpolitische?

Die Ukraine hat seit Jahren massive innenpolitische Probleme,

die man immer wieder durch Außenpolitik zu kaschieren versucht. Gleiches gilt für Russland. Dazu gehören ausufernde Korruption, ein sehr weitmaschiges und wackeliges Gesundheitssystem, ein schwacher bis nahezu verschwindender Rechtsstaat sowie eine intransparente und selbstsüchtige Machtverteilung selbsternannter Eliten mit ebenso massiven Legitimitätsproblemen.

Der soziale Kitt schwindet

Staatsmacht und Bevölkerung sind mittlerweile weit voneinander entfernt. Der soziale Kitt der Gesellschaften und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner innerhalb dieser Staaten schwindet in erschreckender Weise. Weite Teile der Bevölkerung empfinden den Staat zwar nicht unbedingt als Gegner, ignorieren ihn aber, wo es geht, und erwarten wenig bis nichts von ihm, wenn es etwa um die dringende Lösung von Alltagsproblemen geht. Das haben die weitgehend im Sand verlaufenen und fallweise gewaltsam unterdrückten Proteste von 2004, 2011, 2014 und 2021 in beiden Staaten offengelegt.

Eine inszenierte Bedrohung von außen oder gar ein außenpolitischer Erfolg käme da gerade recht und könnte helfen, Legitimität wieder herzustellen sowie die im Schwinden begriffene (patriotische) Loyalität gegenüber der Staatsmacht einigermaßen zu stärken. Aus der Vergangenheit sollten wir aber auch wissen, dass es ebenso umgekehrt kommen und eine außenpolitische Niederlage die Innenpolitik gehörig unter Druck bringen kann, wenn nicht sogar die herrschenden Eliten zu stürzen vermag. Die Habsburger-Monarchie zwischen 1848 und 1918 ist nachgerade ein Paradebeispiel dafür.

Der Verweis auf das Lösungspotenzial einer auf Neutralität ausgerichteten Außenpolitik – wie sie Etmayer vorschlägt – wäre jedenfalls eine Option in dieser Lage. Allerdings bleibt sie bloß eine hehre Hoffnung, wenn zugleich die immanenten Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik unterschätzt werden. ■

Zum Autor

Kurt Scharr ist Professor für Österreichische Geschichte an der Universität Innsbruck.

Zur Kolumne von Christian Ortner, 28. Jänner

Zur Impflotterie ab kommendem März

Die von Christian Ortner so benannte kollektive Wohlstandsverwahrlosung der österreichischen Gesellschaft ist entweder gegeben oder nicht. Die Impflotterie wird daran nichts ändern. Fest steht jedoch: Wenn der Staat nichts tut, wird sich die Impfquote nicht mehr signifikant ändern. Insofern ist es legitim, auch eine Impflotterie zu versuchen. Schade nur, dass diese Idee erst so spät kommt, da sich die Standpunkte der Impfbefürworter oder Impfgegner schon so verhärtet haben!

Ich persönlich würde zwar aus Gründen der Fairness eine Impfprämie bevorzugen, für alle bereits Geimpften und für diejenigen, die sich bis zum einem bestimmten Zeitpunkt noch impfen lassen werden. Da ich aber nur alle fünf Jahre etwas mitzureden habe, habe ich mich damit abgefunden, dass den Politikern offenbar das Glückspiel attraktiver erscheint.

Dr. Iva Hirt-Tlapák,
per E-Mail

Zur Kolumne von Konrad Paul Liessmann, 28. Jänner

Proteste gegen Rückkehr zur mündlichen Matura

In seiner Kolumne spricht Konrad Paul Liessmann von der „angeblich schwer getroffenen Jugend“. Viele wissen aber nicht, dass die dramatische Zunahme von psychischen Auffälligkeiten wissenschaftlich belegt ist. Ebenso wird leider auch übersehen, dass Erwachsene Mitschuld an dieser Entwicklung haben. Eltern und Lehrer, die selbst mit den Belastungen durch die Pandemie nicht zurechtgekommen sind, haben ihren Frust an den Kindern und Jugendlichen abgeladen, sie zusätzlich unter Druck gesetzt oder mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen.

Keine Frage: Solange es eine „Reifeprüfung“ gibt, muss diese auch mit Leistung verbunden sein, sonst ist sie in unserer Gesellschaft nichts wert. Es reicht ja auch nicht, dass Schüler ohnehin bis zum Abschluss ihrer Schullaufbahn jedes Jahr positiv abschließen und auf dem Weg dorthin ständig ihr Wissen und sich selbst schriftlich und mündlich präsentieren müssen. Warum diese eine Prüfung so viel mehr Wert hat als alle bis dahin absolvierten, erschließt sich mir nicht.

Barbara Hofstädter,
per E-Mail

„Sideletters“ der vorigen und der aktuellen Regierung

Postenschacher ist so neu nicht. Die Politik bestand nie nur aus dem Plakativen, und die konkreten Werkzeuge zur Machtausübung nehmen sich weniger gut aus, sind aber unabdinglich. Das Volk weiß das, handelt es doch im Familien- und Freundeskreis nach demselben Opportunismus. Menschen menschn eben. Dass auch die Grünen so verfahren, haben nur Scheinmoralisten nicht geglaubt. Jetzt ist es heraus, dass auch die Grünen nur eine Partei sind, und die Welt bricht deswegen nicht zusammen.

Jürgen Jauch,
4040 Linz

Leserbriefe werden nur abgedruckt, wenn sie mit vollständiger Adresse versehen sind und Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.

Jetzt bestellen!

DAS SAMSTAGSABO DER WIENER ZEITUNG

Nur 4 € pro Monat.

Lesen Sie jetzt jeden Samstag die Printausgabe der Wiener Zeitung inklusive Beilagen im Jahresabo um 48 € (4 € pro Monat). Bequemes Zustellservice vor Ihre Türe. Das Abo endet automatisch.

abo@wienerzeitung.at
wienerzeitung.at/abo
+43 1 417 0 427

WIENER ZEITUNG